https://www.jungewelt.de/2016/10-08/006.php

Ausgabe vom 08.10.2016 / Seite 2 / Inland

»Es geht in Richtung Eskalation«

Die NATO-Staaten steigern ihre Rüstungsausgaben, Russland setzt die Vernichtung waffenfähigen Plutoniums aus. Gespräch mit Lühr Henken

Interview: Claudia Wrobel

Teilnehmer einer Demonstration der Berliner Friedenskoordination zwischen Reichstag und Russischer Botschaft (1. September 2016) Foto: Gregor Fischer/dpa-Bildfunk

Lühr Henken ist Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag

Was als erstes auffällt bei der Mobilisierung zur Friedensdemo »Die Waffen nieder« an diesem Sonnabend ist die Fülle der Unterzeichner des Aufrufs. Ist es schon ein Erfolg, dass sich viele Akteure der Friedensbewegung derart zusammengeschlossen haben?

Es sind mehr als 180 Gruppen und Organisationen, und das ist erfreulich. Es konnte dort wieder ein breites Spektrum angesprochen werden, also nicht nur die, die ohnehin seit Jahrzehnten in der Friedensbewegung aktiv waren und sind, beispielsweise über die Ostermärsche. Sondern es fand eine Mobilisierung auch in gewerkschaftliche Kreise hinein statt – ich denke da vor allem an ver.di und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, GEW – aber auch in kirchliche Kreise hinein.

Schätzen Sie es als Start für eine Neubelebung der Friedensbewegung ein? Angesichts der Kriege und Krisen in der Welt ist es ja um diese erschreckend ruhig geworden.

Das muss sein. Und es wird von den meisten auch eingeschätzt, dass dies nur ein Auftakt sein kann. Wir müssen uns ja vergegenwärtigen, was alles an Kriegen, Konflikten, Spannungen auf der Welt besteht. Und in der zurückliegenden Woche haben wir eine Entwicklung erlebt, die uns da nicht hoffen lässt. Es geht in Richtung Sprachlosigkeit und Eskalation.

Was genau werten Sie da als besonders bedenklich?

Wenn die russische Seite sagt, wir setzen die Vernichtung unseres waffenfähigen Plutoniums aus, werte ich das als Alarmsignal. Moskau hat begründet, es sähe das strategische Gleichgewicht gefährdet. Das ist ein Novum. Ich kann aber nachvollziehen, warum Moskau diese Position vertritt. Man muss sich vor Augen führen, dass es innerhalb Europas ein ganz großes Ungleichgewicht gibt zwischen Russland und dem Westen. Letzterer ist militärisch im konventionellen Bereich überlegen – und zwar deutlich. Diese Länder haben das 3,8fache an Soldaten, sie geben das Zehnfache für das Militär aus, wirtschaftlich sind sie 17mal stärker als Russland, und es wohnen achtmal so viele Menschen in den NATO-Staaten. Russland ist also in dem Fall der Zwerg und kann das strategische Gleichgewicht nur aufrechterhalten, wenn es die Möglichkeit der atomaren Zweitschlagskapazität behält. Das Land fühlt sich bedroht, einerseits durch die Raketenabwehr, aber vor allem durch das westliche Gebaren direkt vor der eigenen Grenze: Kriegsmanöver, Gruppenstationierungen, Verdreifachung der schnellen Eingreiftruppe, Wirtschaftssanktionen und zu guter Letzt – und das macht die Perspektive so bedrohlich – die Selbstverpflichtung der NATO-Staaten, künftig zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für das Militär auszugeben.

Was bedeutet das in Deutschland?

Im Jahr 2014 entspricht das Ausgaben in Höhe von etwa 60 Milliarden Euro. Momentan sind es etwa 35 Milliarden. Das Geld was man für die Rüstung einsetzt, muss aber irgendwo herkommen. Das wird sicherlich der soziale Bereich sein. Die Bundeswehr wird dadurch zur stärksten militärischen Macht in Europa. Daraus wird die Bundesregierung wahrscheinlich einen Führungsanspruch herleiten, der sich dann nicht mehr auf die Wirtschaftsseite beschränken wird. Das sogenannte Weißbuch ist in dem Zusammenhang durchaus aufschlussreich. Da tauchen völlig neue Begriffe auf, die bislang noch nie genutzt wurden: »Wir wollen die globale Ordnung aktiv mitgestalten« oder »Führung übernehmen«. Deswegen ist diese Demonstration so wichtig. Sie kommt zum richtigen Zeitpunkt, und es ist zu wünschen, dass daraus mehr erwächst.

Die steigenden Ausgaben der NATO-Staaten korrespondieren mit steigendem Druck, der durch Handelsabkommen aufgebaut wird. Kann man die Friedensbewegung ohne Protest gegen beispielsweise die Verträge TTIP, CETA, TISA denken – um nur die bekanntesten zu nennen?

Es wäre natürlich gut, wenn man beides verknüpfen würde. Also den Kampf gegen die, ich nenne es mal, Wirtschafts-NATO, mit der Friedensfrage verbindet. Organisatorisch ist das nicht zusammengeführt, wobei man natürlich sagen muss, dass die Menschen, die sich gegen das TTIP engagieren, genauso friedensbewegt sind wie unsereins. Von daher gibt es da eine Nähe, ebenso inhaltlich wie personell. Wie man das Weitere in Angriff nimmt, ist eine strategische Überlegung.